

Dr. Rainer Sprengel

Weltraumstrategie der Bundesregierung: Kritik aus der Perspektive bürgerschaftlichen Engagements

Thema dieses Beitrages ist eine kritische Auseinandersetzung mit der Weltraumstrategie der Bundesregierung aus der zivilgesellschaftlichen Perspektive bürgerschaftlichen Engagements. Er ist auch ein Beitrag dazu, das Weltraumthema in zivilgesellschaftlichen Debatten in Deutschland zu stärken, was Daniel Helmes und ich anlässlich der Würdigung des 1. Weltraumkongresses des Bundesverbandes der Deutschen Industrie Ende 2019 gefordert haben (vgl. Helmes/Sprengel, Weltraumkongress des BDI – und die Zivilgesellschaft?, BBE-Newsletter 25/2019¹). An dieser Stelle sollen drei Argumente genügen, um die Dringlichkeit einer breiten zivilgesellschaftlichen Debatte zu untermauern.

- Die privatwirtschaftliche Modernisierung der Weltraumerschließung hat aus der lange Zeit rein staatlich geprägten Weltraumfahrt einen dynamisch wachsenden Markt gemacht, der von aktuell 260 Milliarden US-Dollar auf 2700 Milliarden US-Dollar in kaum 20 Jahren anwachsen soll. Eine Vielzahl von Diensten auf der Erde, vom Satellitenfernsehen über GPS bis zur Klimaforschung finden weltraumgestützt statt. Hinzu kommen neue Geschäftsfelder wie der Weltraumtourismus oder die Hoffnung auf Rohstoffgewinnung im All. Wo viel Geld in der Luft liegt, reicht es nicht aus, wenn nur Staat, gewinnorientierte Wirtschaft und an Forschungsaufträgen interessierte Wissenschaft kooperieren. Korruption und gesellschaftlich einseitige Fehlentwicklungen sind um so mehr vorprogrammiert, je bedeutender der Weltraum ökonomisch und sozial wird.
- Frankreich, USA, NATO und ihre globalen Gegenspieler haben militärische Weltraumkommandos gegründet. Dabei geht es leider nicht zentral um die gemeinsame Abwehr von Gefahren aus dem Weltall, etwa großer Fremdkörper, deren Einschlag katastrophale Folgen haben würde (obwohl so ein Einschlag kommen wird und ESA und NASA gemeinsam ein Projekt durchführen, wie die Flugbahn eines Armageddon-Flugkörpers real, nicht nur im Film geändert werden kann). Es geht um militärische und geheimdienstliche Machtpolitik und Kontrolle über die Erde. Es geht um Krieg und Frieden und um Freiheit und Überwachung.

¹ https://www.b-b-e.de/fileadmin/Redaktion/05_Newsletter/01_BBE_Newsletter/2019/newsletter-25-helmes-sprengel.pdf

- Auch wenn irgendwann aus dem Weltraum Rohstoffe zur Erde kommen, ist die Weltraumfahrt aktuell ein dynamisch wachsender Nutzer von Rohstoffen. Deutschland ist nicht nur als Teil der ESA eine der führenden Akteure in der Weltraumfahrt, sondern grundsätzlich als Industriestandort einer der größten Rohstoffimporteure weltweit. In ihrer »Rohstoffstrategie 2020« weist die Bundesregierung darauf hin, dass 2018 ca. 16 Prozent aller deutschen Gesamteinfuhren wertmäßig darauf entfielen, annähernd die Hälfte davon auf Metalle und deren Zwischen- und Halbzeuge². Die geopolitische Bedeutung, wer welche Rohstoffe in einem dynamischen Wachstumsmarkt kontrolliert, kann kaum unterschätzt werden, ebenso wenig die Auswirkungen steigender Rohstoffnachfrage auf lokale Gemeinschaften und Staaten bis hin zu Bürgerkriegen.

Wer immer noch Zweifel hat, ob die deutsche Zivilgesellschaft nicht andere Dinge diskutieren sollte, möge zu seinem Smartphone greifen und es wegwerfen, denn mit solchen Endgeräten trägt mittlerweile fast jede*r seine persönliche, technologische Bindung an den Weltraum täglich bei sich.

Die Weltraumstrategie der Bundesregierung wurde 2010 beschlossen: »Für eine zukunftsfähige deutsche Raumfahrt: Die Raumfahrtstrategie der Bundesregierung«, BMWi, Nachdruck, Berlin August 2012³. In einer Antwort auf eine Kleine Anfrage der FDP-Bundestagsfraktion hat die Bundesregierung 2019 bekräftigt, dass diese Strategie weiterhin die Richtschnur ihres Handelns bildet und aktuell bleibt: »Die antizipierten Ziele und Handlungsfelder sind noch ausreichend aktuell.« Antwort der Bundesregierung vom 19.11.2019 auf die Kleine Anfrage der FDP-Bundesfraktion »Raumfahrt in Deutschland im Kontext von Forschungs- und Innovationsstrategie (Drucksache 19/15308)⁴. Das heißt, sie hat aus Sicht der Regierung nicht an Aktualität verloren. Umso interessanter ist es, diese Strategie aus der zivilgesellschaftlichen Perspektive bürgerschaftlichen Engagements zu betrachten.

Kommt Zivilgesellschaft als ein Akteur oder eine Handlungsarena jenseits von Staat und Markt in dieser Strategie in den Blick, und wenn ja wie? Spielt das private, bürgerschaftliche Engagement von Bürger*innen, sich für das Gemeinwohl zu engagieren und dafür ihre Zeit, Geld, Dinge, Patente, Ideen, Empathie und weiteres mehr zu schenken, eine Rolle in dieser Strategie? Und falls nicht: warum nicht? Und wie sollte diese Lücke geschlossen werden? Wie steht es auch um die damit verbundene Perspektive einer aktiven Bürgerschaft, die über Diskurs und Partizipation jederzeit an den Belangen des Gemeinwesens mitwirken kann, sei es selbst ermächtigt, sei es über Beteiligungsverfahren aktiviert? Im Folgenden dazu meine Beobachtungen und möglichen Anknüpfungspunkte.

² <https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Publikationen/Industrie/rohstoffstrategie-der-bundesregierung.pdf?blob=publicationFile&v=4>

³ <https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Publikationen/Technologie/zukunftsaehige-deutsche-raumfahrt.pdf?blob=publicationFile&v=8>

⁴ <https://www.reguvis.de/fileadmin/Betrifft-Recht/Dokumente/edrucksachen/pdf/1915308.pdf>

Keine aktive Bürgerschaft in der Weltraumstrategie

Die unendlichen Weiten und Potenziale des Weltraums sind in der Weltraumstrategie fast ausschließlich ein Reservat für Staat, Wissenschaft und Wirtschaft. Auf Seite 9 heißt es: »Die Fokussierung auf Nutzen und Bedarf erfordert eine frühzeitige und umfassende Beteiligung, aber auch Mitverantwortung der Nutzer von Raumfahrtssystemen und -diensten an der Konzipierung, Finanzierung und Durchführung von Projekten. Hierbei ist es gleich, ob es sich bei den Nutzern um öffentliche Bedarfsträger, Wissenschaftler und Forschungseinrichtungen oder Wirtschaftsunternehmen, insbesondere aus dem Industrie- und Dienstleistungsbereich, handelt.« Es ist irritierend einen so reduzierten Beteiligungsbegriff ohne Bezug auf eine aktive Bürgerschaft zu sehen, die von der Bundesregierung als nach wie vor aktuell behauptet wird - Staat, Wissenschaft und Wirtschaft, damit endet das Verständnis von »frühzeitiger und umfassender Beteiligung«. Es irritiert mich als Bürger und Teil der Zivilgesellschaft, dass in dieser Aufzählung von »umfassender Beteiligung« gesprochen wird und doch zivilgesellschaftliche Organisationen und interessierte wie besorgte Bürger*innen gar nicht mitgedacht werden.

Zivilgesellschaft und bürgerschaftliches Engagement als (fast) abwesende Größe in der Weltraumstrategie

Es ist ein merkwürdiges Gefühl ein Regierungsdokument in einer Demokratie zu lesen, das eine Strategie für ein gewaltiges Gegenwarts- und Zukunftsfeld menschlicher, gesellschaftlicher, politischer und ökonomischer Entwicklung zu formulieren vorgibt, ohne auch nur ein einziges Mal Begriffe wie Zivilgesellschaft oder bürgerschaftliches Engagement zu lesen. Lediglich im Kontext der Sicherheitsarchitektur kommen immerhin Nichtregierungsorganisationen in Form des Begriffs der »nicht-staatlichen Akteure« vor. Einerseits werden sie da als potenziell feindliche Akteure identifiziert: »Die Abhängigkeit weiter Bereiche des täglichen Lebens und hoheitlichen Handelns von Raumfahrtanwendungen machen diese auch zu einem potenziellen Ziel für feindliche staatliche aber auch nicht-staatliche Akteure.« An anderer Stelle sollen nichtstaatliche Akteure in ein System vernetzter Sicherheit hoheitlich eingebunden werden.

Immerhin ist manchmal von »Gesellschaft« und von Bürger*innen die Rede. Gesellschaft steht dabei als Sammelbezeichnung für Alles, was nicht eindeutig den Feldern der Politik, zwischenstaatlicher Institutionen, Wirtschaft oder Wissenschaft zuzuordnen ist. Und wenn manchmal von Bürgern und Bürgerinnen gesprochen wird, so geschieht dies im Sinne von Schutzbefohlenen eines Staates, der im Rahmen vernetzter Sicherheit bzw. allgemeiner Daseinsvorsorge diese als Objekte staatlichen Handelns beschützt. In Anbetracht der nicht zu vernachlässigenden Bedeutung des bürgerschaftlichen Engagements bei der Erforschung und Eroberung des Weltraums ist das mehr als seltsam. Man denke etwa an die astronomischen Bürgerwissenschaftler*innen, die koordiniert mit Forschungseinrichtungen systematisch den Nachthimmel

absuchen. Oder an die zunächst ungefragte und anfangs rein ehrenamtliche Suche nach Mikrometeoriten in Städten durch den Musiker Jon Larsen⁵.

Subjekte in der Weltraumstrategie der Bundesregierung sind die Bürger*innen nicht. Das geht soweit, dass auch die Wirtschaft nur in Form von Unternehmen, von KMU oder dem Label PPP angesprochen werden, nie aber von Unternehmer*innen gesprochen wird – für ein Papier aus dem Hause des damaligen liberalen Wirtschaftsministers Rössler ein erstaunlicher und umso bezeichnender Befund. Dass gerade die Zeit angebrochen sein könnte für neue Unternehmer*innen à la Elon Musk sieht das Wirtschaftsministerium im Lande ehemaliger Gründer wie Bosch, Krupp und Siemens 2012 nicht – und ungeachtet des 1. Weltraumkongresses des BDI 2019 glauben, wie es scheint, die Bundesregierung und ihr Wirtschaftsminister Altmaier heute, dass diese Strategie zukunftsfähig sei.

Der subjektive Faktor, die Bürger*innen mit ihren Emotionen, Fantasien und Zielen kommen nicht vor. Erkennbar werden die Bürger*innen imaginiert als vom Staat zu schützende Personen mit einer kleinen Krämerseele: dieser muss man Weltraumfahrt und Milliardeninvestitionen in diese mit dem Prinzip der Teflonpfanne erläutern, deren Erfindung in meiner Jugendzeit zur Rechtfertigung der Kosten der Raumfahrt herhalten musste. Allen Ernstes werden Raumfahrt und Weltraumforschung im Sinne instrumenteller Vernunft allein über ihre Nützlichkeit für das Leben auf der Erde gerechtfertigt: »Raumfahrt ist ein Werkzeug. Sie stellt Infrastrukturen und Dienstleistungen zur Erreichung gesellschaftlicher, wirtschaftlicher und wissenschaftlicher Ziele bereit, die außerhalb ihrer selbst liegen.« (S. 7) Der subjektive Faktor, die Bürger*innen mit ihren Emotionen, Fantasien und Zielen kommen nicht vor. Es wird unmittelbar greifbar was passiert, wenn bei Regierungsstrategien die Idee einer aktiven Bürgerschaft und gemeinwohlorientierter Bürger*innen mit ihrem Engagement und den von Ihnen geschaffenen zivilgesellschaftlichen Organisationen fehlt: es wird öde und fantasielos.

Science Fiction gehört in Literatur, Serien, Filmen oder Spielen seit Jahrzehnten zu den großen thematischen Genres und bringt immer wieder Blockbuster hervor, weil hier etwas im Wünschen und Wollen angesprochen wird, was über eine reine Zweckbindung hinausgeht. Es gibt Fanszenen, Clubs und Treffen, ganz zu schweigen von Formen wie privater Astronomie und entsprechender Vereine und Vereinigungen. Ernst Bloch hätte hier das Hoffen nach vorwärts gesehen, Walter Benjamin das Uneingelöste vergangener Geschlechter identifiziert, Gaston Bachelard über die Poetik des Raumes nachgedacht und Immanuel Kant die Herausforderung formuliert, die für uns Menschen als »mittleren Wesen auf einem mittleren Planeten« mit diesem nachhaltigen Schritt der effektiven Eroberung des Weltraums verbunden ist und wie wir sie im Sinne einer Menschheitsidee bewältigen. Es gehört schon ein gehöriges Maß an Weltabgewandtheit dazu, das Hinaustreten der Menschheit in das Weltall auf die instrumentelle Frage zu bringen, ob am Ende des Tages deshalb eine Zahnsperre besser haftet.

⁵ (Vgl. etwa <https://www.faz.net/aktuell/wissen/mi-kro-me-teo-ri-ten-jazz-und-sternenstaub-15450214.html>)

Da die Bürger*innen nicht als Subjekte in der Weltraumstrategie präsent sind, ist es in gewisser Weise durchaus folgerichtig, dass sie nicht in der Form sich selbst organisierender und ermächtigender Akteure, in Form zivilgesellschaftlicher Organisationen beachtenswert erscheinen, ob es sich dabei nun um einen Amateurastronom*innenverband oder eine Entwicklungshilfegruppe handelt.

Naheliegende Anknüpfungspunkte innerhalb der vorhandenen Weltraumstrategie

Natürlich kann man einwenden, dass die Eroberung des Weltraums eine hoch spezialisierte Angelegenheit für Expert*innen ist, die am besten wissen, was sich zu erforschen lohnt und was erstrebenswert ist. Drei Beispiele sollen verdeutlichen, wie naheliegend die Berücksichtigung von Zivilgesellschaft und Bürger*innen als bürgerschaftlich Engagierte im Rahmen der vorliegenden Strategie gewesen wäre.

a) Weltraumfahrt prägt zunehmend den Alltag

Gleich am Anfang formuliert die Weltraumstrategie eine allgemeine These, die eine zivilgesellschaftliche Operationalisierung zwingend gemacht hätte: »In der Raumfahrt hat ein Paradigmenwechsel stattgefunden: Von einem Symbol des Technologiewettlaufs und des Systemwettstreits ist sie zu einem festen Bestandteil unseres Alltags und zu einem unverzichtbaren Instrument für Wirtschaft, Wissenschaft, Politik und Gesellschaft geworden.« (S. 3) Danach werden aber nur die Rollen von Wirtschaft, Wissenschaft und Politik im Rahmen der Strategie thematisiert. »Fester Bestandteil unseres Alltags«: Damit verbietet es sich, Beteiligung in einem demokratischen Land unter Ausschluss der Vielen zu konzipieren. Vielmehr wäre Stakeholderbeteiligung in einem umfassenden Sinn als notwendig und als erwünscht zu formulieren. Es wäre wünschenswert zu bilanzieren, wie es um die Beteiligung und das Interesse bei Bürger*innen insgesamt und in der Zivilgesellschaft steht und ob es da Handlungsbedarfe für Information, Diskurs und Aktivierung gibt?

b) Weltraumgestützte Systeme sind wichtig für Umweltschutz, Entwicklungshilfe, Katastrophenhilfe...

In unterschiedlichen Variationen durchzieht das Papier eine Rechtfertigung der Weltraumfahrt durch expliziten Verweis auf Themen wie Katastrophenhilfe, Umwelt- und Klimaschutz. So heißt es in der Zusammenfassung: »Weltraumgestützte Systeme zur Erdbeobachtung, Kommunikation oder Navigation leisten entscheidende Beiträge zu Katastrophenhilfe und -bewältigung, Umwelt- und Klimaschutz, Warnung vor Gefahren, Entwicklungshilfe, Grenzüberwachung oder Rüstungskontrolle (...)« (S.29). All diese Themen bezeichnen wichtige Handlungsbereiche der Zivilgesellschaft. Es wäre ein kleiner Schritt (für die Menschheit), die Beteiligung von zivilgesellschaftlichen Stakeholdern als Teil der Weltraumstrategie zu formulieren – und mit Verbänden, Organisationen und Bürger*inneninitiativen aus der Zivilgesellschaft aus Umwelt- und Klimaschutz, Katastrophenhilfe, Entwicklungszusammenarbeit usw. regelmäßig zu diskutieren und deren Bedarfe und Ideen zu berücksichtigen.

c) Weltraumfahrt globalisiert Wissen und Medien

In der Weltraumstrategie heißt es: »Die weltweite Mediengesellschaft öffnet den Weg zur Transparenz der politischen Systeme und verhindert nationale Abschottung. Infrastrukturen im Weltraum ermöglichen durch satellitengestützte Kommunikation die Bereitstellung von Daten hoher Qualität an jedem Ort der Erde und zu jeder Zeit. Sie erweisen sich damit als effektives Werkzeug zur Verbreitung und Nutzung von Wissen.« (S. 7) Gerade wegen dieser Voraussage wirkt es irritierend, dass gemeinnützige Redaktionsnetzwerke, Wikipedia als größtes digitales Ehrenamtsnetzwerk, viele zivilgesellschaftliche Akteure im Feld der Digitalisierung, Transparency International und weitere Akteure hier im Rahmen einer möglichen Beteiligung nicht genannt werden – und wie 2010 auch 2020 nicht einbezogen werden sollen.

Was bedeutet es für die Zivilgesellschaft, wenn die strategische Grundausrichtung nur das Verhältnis der Rollen von Staat, Wirtschaft und Wissenschaft im Blick hat und der Wirtschaft dabei derjenige Akteur ist, dem eine bedeutendere Rolle als bisher zuerkannt wird? Und was bedeutet es für die Weltraumforschung, wenn zivilgesellschaftliche Errungenschaften wie Bürgerbeteiligung keinen Platz darin haben?

Grenzen der Weltraumstrategie durch das Fehlen von Zivilgesellschaft und bürgerschaftlichem Engagement

Nun reicht es nicht aus kritisch zu konstatieren, dass eine Regierungsstrategie Millionen an bürgerschaftlich Engagierten und Hunderttausende zivilgesellschaftliche Organisationen und Initiativen aus unterschiedlichen Handlungsfeldern meint ignorieren zu können. Es kann ja sein, dass daraus nichts Nachteiliges folgt und es den Bürger*innen in einem Handlungsfeld, das unseren Alltag prägt und zukünftig immer wichtiger wird, vollkommen ausreicht, durch Parlament und Regierung vertreten zu werden. Ich denke diese Missachtung ist schädlich, wie die folgenden zwei Beispiele zeigen.

a) Weltraumgesetz

Die Bundesregierung formulierte 2010 ihren Vorsatz zügig ein Weltraumgesetz vorzulegen (was nach wie vor nicht der Fall ist, insofern ist die Strategie tatsächlich aktuell). »Wir werden ein deutsches Weltraumgesetz erarbeiten, das zusammen mit dem bereits in Kraft getretenen Satellitendatensicherheitsgesetz (SatDSiG) einen umfassenden Rechtsrahmen für kommerzielle und privatwirtschaftliche Weltraumaktivitäten bilden wird.« (S. 28) Diese Ermöglichung kommerzieller Aktivitäten in Ergänzung des bis dahin (zwischen)staatlich ausgerichteten Weltraumrechts durchzieht in unterschiedlichen Formen das Papier. Lediglich an einer Stelle kommt in den Blick, dass die Welt mehr ist als Staat und Wirtschaft: »Die Bundesregierung erarbeitet derzeit ein deutsches Weltraumgesetz, das einen klaren übergreifenden Rechtsrahmen für nichtstaatliche, insbesondere kommerzielle und privatwirtschaftliche Weltraumaktivitäten bereitstellen soll.« (S. 13f.) Gesetze ermöglichen durch Regulierung, und das tun sie nur soweit gut, wie sie die Belange der berechtigten Interessen aller Stakeholder berücksichtigen. Oder wie Ministerpräsident Laschet es im Rahmen der Corona-Pandemie am 20. Mai

2020 ausdrückte, um die Öffnung von Kindertagesstätten zu begründen: »Und wenn man sieht, dass inzwischen in Bayern Biergärten geöffnet haben, dann finde ich, haben auch die Kinder wieder Betreuung verdient«. Für die Modernisierung des Weltraumgesetzes reicht die Biergartenperspektive nicht aus. Ein modernes Weltraumgesetz muss die Belange der privaten Gemeinwohllakteure ohne Profitinteresse ebenso im Blick haben: Der Weltraum ist ein öffentliches Gemeingut der gesamten Menschheit - das erfordert demokratisch legitimierte staatliches Handeln ebenso wie den ergänzenden, korrigierenden und stärkenden Einbezug der zivilgesellschaftlichen Perspektive bürgerschaftlichen Engagements.

b) Dual-Use-Primat

Ohne darin ein Problem zu sehen, hebt die Weltraumstrategie die Trennung von zivil und militärisch in einer Weise auf, die im Rahmen von Beteiligungsprozessen jenseits kleiner fachpolitischer Kreise in Politik und Exekutive nicht durchgehen würde. So wird eine strategische Entscheidung für dual-use-Investitionen als vorrangig formuliert. Dual-Use bedeutet auf deutsch, dass man vorrangig an Schwerterpflugscharen arbeiten möchte, die man heute pflegeleicht als Schwert und morgen als Pflugschar einsetzen kann. Präferiert werden also Entscheidungen für Technologien und Dienste, die sowohl militärisch wie zivil nutzbar sind: »Deutschland wird bei der Entwicklung sicherheitsrelevanter Technologien, beispielsweise in der Erdbeobachtung und Satellitenkommunikation, verstärkt Synergiepotenziale der zivilen und militärischen Raumfahrtforschung nutzen.« (S. 19) Entsprechend sollen sich auch die unterschiedlichen Ressorts der Bundesregierung miteinander abstimmen, was konsequent die Koordination von Ausgaben für Forschung, Wirtschaftsförderung, Verkehrsförderung und Verteidigung meint, wenn es um Weltraumfragen geht.

Es ist mindestens irritierend wenn nicht gar dreist, einerseits gerne Dual-Use von deutschen Produkten in Krisengebieten zu beklagen und zu unterstreichen, wie wenig man dagegen machen kann, wenn gute deutsche Produkte leider nicht nur zivil oder polizeilich, sondern ebenso militärisch oder verbrecherisch gebraucht werden – und andererseits im Rahmen der Weltraumstrategie genau solche Produkte intentional zu präferieren, denen diese Doppelverwendung auf den Leib geschnitten sind.

Vor diesem Hintergrund der Dual-Use-Strategie wirkt die in der Weltraumstrategie behauptete Friedensmission der Internationalen Raumstation ISS schlicht unglaubwürdig: »Die Internationale Raumstation ist das Symbol der friedlichen internationalen Zusammenarbeit im Erdorbit und soll als einzigartiges Labor für exzellente Forschung intensiv genutzt werden. Eine umfassende Bewertung des ISS-Betriebs wird uns die Grundlagen für eine Entscheidung über ein eventuelles Nachfolgesystem oder andere Weichenstellungen liefern.« (S. 23)

Mit Blick auf ein Nachfolgesystem würde es der Agenda vieler Organisationen aus der Zivilgesellschaft entsprechen, sich gegen ein Labor für Schwerterpflugscharen auszusprechen. Anders gesagt: eine neue Weltraumstrategie unter Beteiligung der Zivilgesellschaft wäre in ihrem Entstehungsprozess bei manchen Themen gewiss konflikthafter.

Fazit

Aus der Perspektive bürgerschaftlichen Engagements und aus zivilgesellschaftlicher Sicht ist die Weltraumstrategie eine Zumutung, weil sie bei diesem wichtigen Gegenwarts- wie Zukunftsthema Beteiligung von Stakeholdern nur als Verständigung zwischen wissenschaftlichen Expert*innen, Wirtschaftsinteressen und Regierung konzipiert. Dass nicht-staatliche Akteure allein im Kontext hoheitlicher Sicherheitsarchitektur in den Blick kommen, macht diese Strategie für heute und die Zukunft schon untauglich.

Der Preis für die Nichtbeachtung bürgerschaftlichen Engagements als Kern privater Gemeinwohlorientierung ist hoch. Weltraumfahrt wird auf ein reines Instrument für irdische Zwecke reduziert. Die Bürger*innen sind wahlweise zu schützende Objekte oder Krämerseelen, die mit Nutzen einer Teflonpfanne überzeugt werden können. Entsprechend eng ist die darauf fußende ›Strategie‹: Ideen, Empathie, Moralität und Ethik der Vielen, das fehlende Gespräch mit der Arena der Zivilgesellschaft wirken sich an vielen Stellen negativ aus. Der objektive Zynismus der Dual-Use-Strategie mit dem Argument der Synergie staatlichen Mitteleinsatzes aus unterschiedlichen Ministerien ist ein direkter Ausdruck davon.

Eine neue Weltraumstrategie muss her, die dem Befund der Weltraumstrategie entspricht, dass die Eroberung des Weltraums unseren Alltag, aber auch unsere Überlebenschancen auf der Erde jetzt und zunehmend prägt. Ein Griff in die Tasche reicht, um die Eroberung des Weltraums in die Hand zu nehmen. Und das Endgerät, welches wir dann in der Hand halten, steht für alltäglichen Diskurs und Selbstorganisation im Nahbereich, national wie global: Telefonie und Videokonferenz, Austausch und Selbstorganisation über WhatsApp, Discord, Facebook, Instagram, Google Maps, weltweites WTracking...manches davon wäre ohne unsere praktische Eroberung des Weltraums nicht möglich, anderes schon jetzt nicht so gut. Deshalb: Keine Weltraumstrategie mehr ohne Zivilgesellschaft und aktive Bürgerschaft!

Autor

***Dr. Rainer Sprengel** ist Leiter des Arbeitsbereichs Information und Kommunikation des BBE und befasst sich seit über 20 Jahren mit dem Thema bürgerschaftliches Engagement. Er ist Mitinitiator des 2019 gegründeten Netzwerks Weltraum und Zivilgesellschaft (WuZ). Promoviert hat er über Geopolitik und politische Raumbegriffe.*

Kontakt: rainer.sprengel@b-b-e.de

Redaktion**BBE-Newsletter für Engagement und Partizipation in Deutschland**

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)

Michaelkirchstr. 17/18

10179 Berlin

Tel: +49 30 62980-115

newsletter@b-b-e.de

www.b-b-e.de